

Alexander Kraft

**Die pfälzische Sozialdemokratie
in der Weimarer Republik**

verlag regionalkultur

Inhalt

Bilderverzeichnis	9
Abbildungsverzeichnis	9
Tabellenverzeichnis	10
Abkürzungsverzeichnis	11
I. Einleitung	13
1. Problem- und Fragestellung	13
2. Forschungsstand	18
3. Quellenlage	21
II. Die Revolutionsphase	23
1. Reform oder Revolution? – Die Arbeiter- und Soldatenräte	23
2. Vom Beginn der Besatzung bis zu den Kommunalwahlen 1920	35
III. Die Krisenphase	61
1. Die Wahlen 1920	61
2. Die Auseinandersetzung mit der USPD bis zur Vereinigung 1922	84
3. Kampf gegen Separatismus und Reaktion	91
3.1. Die Phase der politischen Morde	91
3.2. Die „Pfalzaktion“ der pfälzischen Sozialdemokratie	118
4. Die Krisenwahl im Mai 1924	138
IV. Die Phase der Konsolidierung	149
1. Die Wahlen im Dezember 1924	149
2. Die Reichspräsidentenwahl 1925	164
3. Die Auseinandersetzung mit der KPD	176
4. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold	180
5. Die Wahlen im Mai 1928	190

V. Die Phase des Niedergangs	203
1. Die Kommunalwahlen im Dezember 1929	203
2. Die Wahl des Reichspräsidenten 1932	219
3. Die Wahlen in der Endphase der Weimarer Republik	229
3.1. Die Reichstagswahl im September 1930	229
3.2. Die Wahl zum Bayerischen Landtag im April 1932	240
3.3. Die Reichstagswahl im Juli 1932	245
3.4. Die Reichstagswahl im November 1932	251
3.5. Die Reichstagswahl im März 1933	257
4. Der Kampf um den Erhalt der Demokratie	265
5. Die Vertreibung aus den Kommunalparlamenten und die Zerschlagung der Parteistruktur	284
VI. Schlussbetrachtung	295
VII. Quellen- und Literaturverzeichnis	303

Bilderverzeichnis

Bild 1: Johannes Hoffmann, um 1920	43
Bild 2: Protestierende Arbeiter in Ludwigshafen am 3. Juli 1919	62
Bild 3: Portrait des pfälzischen Reichsbannerführers Friedrich Wilhelm Wagner	181
Bild 4: Gruppenaufnahme des pfälzischen Reichsbanners mit Gauführer Friedrich Wilhelm Wagner	183
Bild 5: Tagung des Reichsbanners Pfalz in Ludwigshafen	188
Bild 6: Paul Kleefoot, 2. Bürgermeister Ludwigshafens von 1920 bis 1933	214
Bild 7: Karikatur „Die Bundesgenossen“	221
Bild 8: Der Bezirksvorstand der pfälzischen SPD 1931	237
Bild 9: Aufmarsch der „Eisernen Front“ in Ludwigshafen	271
Bild 10: Gruppenaufnahme von Mitgliedern des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“	274
Bild 11: „Flaggenkrieg“ in der Hartmannstraße in Ludwigshafen anlässlich der Reichstagswahl im Juli 1932	281
Bild 12: Besetzung des Verlagsgebäudes der „Pfälzischen Post“ durch die SA	290
Bild 13: Übernahme des Gewerkschaftshauses durch die NSBO am 2. Mai 1933 ...	293

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Wahlen zum Bayerischen Landtag 1919 und 1920 im Vergleich	78
Abbildung 2: Die Wahlen zur Nationalversammlung 1919 und die Wahl zum Reichstag 1920 im Vergleich	82
Abbildung 3: Die Reichstagswahlen von 1920 und Mai 1924 im Vergleich	142
Abbildung 4: Die Reichstagswahlen von Mai und Dezember 1924 im Vergleich ...	154
Abbildung 5: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl 1925 in der Pfalz im Vergleich	173
Abbildung 6: Die Reichstagswahlen von Dezember 1924 und Mai 1928 im Vergleich	194
Abbildung 7: Die Wahlen zum Bayerischen Landtag 1924 und 1928 im Vergleich ...	198
Abbildung 8: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl 1932 in der Pfalz im Vergleich	228
Abbildung 9: Die Reichstagswahlen von Mai 1928 und September 1930 im Vergleich	234
Abbildung 10: Die Wahlen zum Bayerischen Landtag von Mai 1928 und April 1932 im Vergleich	242
Abbildung 11: Die Reichstagswahlen von September 1930 und Juli 1932 in der Pfalz im Vergleich	250

Abbildung 12: Die Reichstagswahlen von Juli 1932 und November 1932 in der Pfalz im Vergleich	255
Abbildung 13: Die Reichstagswahlen von November 1932 und März 1933 in der Pfalz im Vergleich	261
Abbildung 14: Vergleich SPD Pfalz und Reich	263
Abbildung 15: Vergleich NSDAP Pfalz und Reich	264

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 in der Pfalz	37
Tabelle 2: Die Wahl zum Bayerischen Landtag am 2. Februar 1919 in der Pfalz ..	40
Tabelle 3: Mitgliederentwicklung der pfälzischen SPD von 1914 bis 1919	58
Tabelle 4: Die Gemeinderatswahlen in den kreisfreien Städten der Pfalz vom 18. April 1920	65
Tabelle 5: Frauen unter den Gemeinderatskandidaten 1920	66
Tabelle 6: Anzahl der Frauen in den Gemeinderäten	67
Tabelle 7: Die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Stadtratskandidaten der Pfalz 1920	68
Tabelle 8: Die Kreistagswahl in der Pfalz vom 18. April 1920	75
Tabelle 9: Die Wahl zum Bayerischen Landtag vom 6. Juni 1920	79
Tabelle 10: Die Wahl zum Deutschen Reichstag vom 6. Juni 1920	81
Tabelle 11: Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom 4. Mai 1924	143
Tabelle 12: Die Wahlen zum Bayerischen Landtag vom 4. Mai 1924	146
Tabelle 13: Die Wahl zum Deutschen Reichstag vom 7. Dezember 1924	152
Tabelle 14: Die Gemeinderatswahlen in den kreisfreien Städten der Pfalz vom 7. Dezember 1924	156
Tabelle 15: Ehemalige USPD-Kandidaten auf den Kandidatenlisten von SPD und KPD	159
Tabelle 16: Frauen unter den Gemeinderatskandidaten 1924	160
Tabelle 17: Frauen in den Stadträten	161
Tabelle 18: Die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Stadtratskandidaten der Pfalz	162
Tabelle 19: Die Sozialstruktur der kommunistischen Stadtratskandidaten in Frankenthal, Kaiserslautern und Ludwigshafen	163
Tabelle 20: Die Reichspräsidentenwahl 1925, Ergebnis des Volksblockes	168
Tabelle 21: Die Reichspräsidentenwahl 1925, Ergebnis des Rechtsblocks und der KPD	169
Tabelle 22: Die Wahl zum Deutschen Reichstag vom 20. Mai 1928	192

Tabelle 23: Die Wahl zum Bayerischen Landtag vom 20. Mai 1928	199
Tabelle 24: Die Kreistagswahl in der Pfalz vom 20. Mai 1928	200
Tabelle 25: Frauen unter den Gemeinderatskandidaten 1929	205
Tabelle 26: Die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Stadtratskandidaten der Pfalz	207
Tabelle 27: Die Gemeinderatswahlen in den kreisfreien Städten der Pfalz vom 8. Dezember 1929	209
Tabelle 28: Frauen in den Stadträten	210
Tabelle 29: Die Bautätigkeit in Ludwigshafen von 1919–1924	215
Tabelle 30: Die Wahl des Reichspräsidenten 1932	223
Tabelle 31: Die Wahl zum Deutschen Reichstag vom 14. September 1930	233
Tabelle 32: Die Wahl zum Bayerischen Landtag vom 24. April 1932	243
Tabelle 33: Die Wahl zum Deutschen Reichstag vom 31. Juli 1932	248
Tabelle 34: Die Wahl zum Deutschen Reichstag vom 6. November 1932	253
Tabelle 35: Die Wahl zum Deutschen Reichstag vom 5. März 1933	260

Abkürzungsverzeichnis

ABPD	Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AKP	Alte Kommunistische Partei
ASPD	Alte Sozialdemokratische Partei
BASF	Badische Anilin- und Sodafabrik AG
BBB	Bayerischer Bauernbund
BG	Beamtengruppe
BR	Bürgerrechtspartei
BVP	Bayerische Volkspartei
CNBL	Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
CNVP	Christlich-Nationale Volkspartei
DB	Deutsche Bauernpartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DL	Deutsches Landvolk
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
FFF	Freiwirtschaftsbund
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
GB	Gerechtigkeitsbewegung

II. Die Revolutionsphase

1. Reform oder Revolution? – Die Arbeiter- und Soldatenräte

Die Revolution in Berlin am 9. November 1918 – die MSPD hatte hier gemeinsam mit der USPD am 10. November als Rat der Volksbeauftragten die Regierungsgeschäfte übernommen – löste auch in der Pfalz das Revolutionsgeschehen aus und in den größeren Städten bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte. Schon am 8. November hatte der bayerische König Ludwig III. abgedankt und Kurt Eisner (USPD) in München Bayern zur ersten Republik im Deutschen Reich ausgerufen. Dort wurde der pfälzische MSPD-Landtagsabgeordnete Johannes Hoffmann zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Kultusminister gewählt.²⁷

Dies bedeutete für die Sozialdemokratie eine grundlegende Änderung ihrer politischen Bedeutung. Unter Bismarck waren sie noch als „vaterlandslose Gesellen“ bezeichnet worden. Obwohl die Partei sich immer mehr reformiert hatte und durch Mitarbeit in Reichstag sowie Land- und Kommunalparlamenten fest in das Kaiserreich integriert war, beäugte man sie weiterhin mit Misstrauen. Daran änderte auch die Burgfriedenspolitik während des Weltkrieges nichts. Für viele blieb die SPD eine Partei, deren Ziel der Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung war.²⁸ Den pfälzischen Sozialdemokraten ging es jedoch keinesfalls um einen gewaltsamen Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie sorgten sich vielmehr um die Einheit des Reiches und die zukünftige Situation der Pfalz, denn sie sahen durch den Ausbruch der Revolution auch den Schatten eines Bürgerkrieges heraufziehen.

„Die revolutionäre Bewegung in Deutschland, die immer schneller an Ausbreitung gewinnt, und die von keiner Gewalt mehr aufgehalten werden kann, wenn daraus nicht der blutige Bürgerkrieg entstehen und tatsächlich den Bestand des Reiches in Frage stellen soll, hat in Bayern rasch und anscheinend ohne viel Opfer zu Einsetzung der Volksherrschaft geführt. [...] Auch kann der Ausgang des Krieges die Frage auftauchen lassen, welche Rechte Bayern auf die Rheinpfalz geltend zu machen hat und welche es geltend zu machen noch gewillt ist.“²⁹

²⁷ Vgl. Kritzer, 1969, S. 8 f.

²⁸ Vgl. Nestler, Gerhard: „Für Republik, Demokratie, Sozialismus – Zur Geschichte der pfälzischen SPD in der Weimarer Republik von 1918 bis 1929“, in: „Die pfälzische Sozialdemokratie – Beiträge zu ihrer Geschichte von den Anfängen bis 1948/49“, herausgegeben von Manfred Geis und Gerhard Nestler, Edenkoben 1999, S. 288 f.

²⁹ Pfälzische Post vom 9. November 1918, 24. Jahrgang, Ausgabe 265, „Die revolutionäre Bewegung in Deutschland.“

Dass es sich hierbei nicht um einen geplanten Umsturz handelte, belegt ein Auszug aus dem Bericht über die Vorgänge in München.

„Als Demonstration für den Frieden nach außen und die Freiheit nach innen geplant, wuchs die Bewegung zu einem Volksaufstand an, der einfach unwiderstehlich gewesen sein muss. [...] Hier sei nur gesagt, daß das Volk Herr der Situation und Herr der gesamten öffentlichen Gewalt geworden ist, ehe die Machthaber von gestern nur ahnten, um was es sich handelt. Es bewahrheitete sich die Erfahrung, daß Revolutionen nicht gemacht werden können, sondern daß sie wie eine Naturscheinung plötzlich da sind, und von Erfolg begleitet sein müssen, wenn die Zeit dazu reif ist.“³⁰

Die Demonstrationen verliehen vor allem drei Wünschen, nach denen sich das Volk seit über vier Jahren sehnte, Ausdruck: „Frieden – Freiheit – Brot.“ Die Kommentatoren der „Pfälzischen Post“ waren sich dabei nicht sicher, denn sie fragten skeptisch, ob sich diese Hoffnung erfüllen werde. Man dürfe sich keinesfalls täuschen, denn „zurückgelegt ist erst der kleinere Teil des Weges, der zur Freiheit führt.“ Nur die Zukunft könne all diese Frage beantworten. Das Volk könne durch sein Handeln nur die Voraussetzung dazu schaffen, alles Weitere müsse die zukünftige Entwicklung bringen.³¹

Der Ausbruch der Revolution bedeute nicht automatisch die Lösung aller Probleme. So bestehe „zu lautem Jubel über den Sieg des Volkes auch für uns Sozialdemokraten kein Anlass [...] solange noch Krieg ist, die Friedensbedingungen nicht festliegen und die Ernährung nicht sichergestellt ist.“³²

Die MSPD rief in der „Pfälzischen Post“ für Sonntag, den 10. November, alle Bürger von Ludwigshafen zu zwei öffentlichen Versammlungen auf, die „[...] zu Massenkundgebungen werden müssen für [einen] schleunigen Friedensschluss und für ein freies Deutschland, in dem das Volk sein Geschick selbst bestimmt.“³³ „Die Ludwigshafener Arbeiterschaft marschierte [...] gegen den völkermordenden Krieg [...] für volles Selbstbestimmungs- und Verwaltungsrecht des seiner drückenden Fesseln ledigen, freien und mündigen Volkes“³⁴, so beschrieb die „Pfälzische Post“ den Verlauf der von MSPD und USPD gemeinsam getragenen Veranstaltungen. Obwohl beide sozialistischen Parteien zu den Kundgebungen aufgerufen hatten, ruhte die Durchführung fest in der Hand

30 Ebenda.

31 Vgl. ebenda.

32 Ebenda.

33 Pfälzische Post vom 9. November 1918, 24. Jahrgang, Ausgabe 265, „Massenkundgebung in Ludwigshafen.“

34 Pfälzische Post vom 11. November 1918, 24. Jahrgang, Ausgabe 268, „Ludwigshafen für die Republik.“

der Mehrheitssozialdemokraten. Mit ihren Mitgliedern, dem Frankenthaler Stadtrat Ackermann sowie seinen Ludwigshafener Kollegen Haupt, Körner und Kleefoot, stellten sie alle Redner auf beiden Versammlungen.³⁵ Die Versammlungen endeten mit der Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates, zu dessen Vorsitzenden der MSPD-Stadtrat Gustav Haupt gewählt wurde.³⁶

In Grünstadt bildete sich am 11. November 1918 ein Arbeiter- und Soldatenrat, der Georg Born und Julius Bohn zu seinen Vorsitzenden wählte.³⁷ In der Stadtratssitzung vom 21. November 1918 gab Bürgermeister Bordollo dies dem Kollegium bekannt. Born und Bohn waren in dieser Sitzung anwesend und fragten die anwesenden Ratsmitglieder und Beamten, ob sie bereit seien, das neue Regime anzuerkennen, was alle bejahten. Born erklärte daraufhin, dass es der Rat als seine wichtigste Aufgabe ansehe, die Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Als Zeichen der Revolution sollte eine rote Fahne aufgehängt werden, mit der Weisung, sie drei Tage hängen zu lassen.³⁸

Auch die Sitzung des Landrates der Pfalz am 11. November stand ganz im Zeichen des revolutionären Geschehens. Neben den Landratsmitgliedern waren die drei MSPD-Mitglieder Bruno Körner, Josef Huber und Friedrich Ackermann als Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von Ludwigshafen und Frankenthal erschienen. Ihre Aufgabe bestand darin, die Beschlüsse des Landrates zu kontrollieren, aber nur einzugreifen, falls sich diese offen gegen die Ziele der neuen „Volksregierung der Republik Bayern“ wenden würden.³⁹ Ackermann wies trotzdem darauf hin, dass „vorerst in der Pfalz die vollziehende Gewalt an den Arbeiter- und Soldatenrat übergegangen ist.“⁴⁰ Gleichzeitig betonte er, dass dies im Einvernehmen mit der Regierung und den bestehenden Behörden geschehen würde.⁴¹

Die Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung hatte auch für den Vorsitzenden des Kaiserslauterer Arbeiter- und Soldatenrates, den MSPD-Landtagsabgeordneten Eduard Klement, oberste Priorität. Er wandte sich in einer Proklamation deutlich gegen revolutionäre Tendenzen und drohte offen damit, diese notfalls auch mit Waffengewalt niederzuschlagen.

„Kaiserslautern, 10. November. Im Laufe des gestrigen Abends wurden zwei Flugblätter verbreitet, das eine unterzeichnet mit 3 Namen, das andere unterzeichnet ‚Die unabhängigen Sozialdemokraten‘. Diese Machenschaften bedeuten einen Putschversuch zur Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Wir warnen die

35 Ebenda.

36 Vgl. StA LU, PA 1, Stadtratsprotokoll vom 15. November 1918, Band 42, S. 177.

37 Vgl. Grünstadter Zeitung vom 12. November 1918, 33. Jahrgang, Ausgabe 265.

38 StA Grünstadt, Protokollbuch der öffentlichen Stadtratssitzung vom 21. November 1918.

39 Vgl. Pfälzische Post vom 12. November 1918, 24. Jahrgang, Ausgabe 269, „Der Landrat der Pfalz unter der Volksherrschaft.“

40 Ebenda.

41 Vgl. ebenda.

III. Die Krisenphase

1. Die Wahlen 1920

Die Stimmung unter der Arbeiterschaft hatte sich im Laufe des Jahres 1919 und Anfang 1920 immer weiter verschlechtert. Beispielsweise kam es in der BASF zu Diebstählen von Werkzeugen und Brennmaterial und in Ludwigshafen wurden Geschäfte geplündert.²¹⁵ Aufgrund der schlechten Ernährungslage und der raschen Entwertung der Mark kam es von Seiten der Arbeiterschaft immer wieder zu Plünderungen in den umliegenden landwirtschaftlichen Gebieten und spontanen Protestaktionen. Am 24. Februar 1920 legte die Belegschaft der BASF fast geschlossen die Arbeit nieder. 20.000 Demonstranten zogen mit Parolen gegen Wucher und Schiebertum durch die Ludwigshafener Innenstadt.²¹⁶ Dies zeigt eine wachsende Radikalisierungsbereitschaft unter den Arbeitern und verdeutlicht, dass ihnen die Errungenschaften der Revolution nicht weit genug gingen. Ein Jahr nach Ende des Krieges waren die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen unter dem neuen politischen System kaum besser als zuvor. Unter diesen Voraussetzungen standen die Kommunalwahlen in der Pfalz und die Wahlen zum Bayerischen Landtag sowie zum Reichstag.



Bild 2: Protestierende Arbeiter in Ludwigshafen am 3. Juli 1919.²¹⁷

215 Vgl. StA LU, PA 1, Stadtratsprotokoll vom 8. Juli 1920, Band 43, S. 500 ff.

216 Vgl. Pfälzische Post vom 25. Februar 1920, 26. Jahrgang, Ausgabe 47, „Eine schlimme Erfahrung.“

217 StA LU, Fotobestand, 12710.

Die Regierung Hoffmann hatte 1919 ein neues Wahlgesetz erlassen, dessen Vollzug von den französischen Behörden verboten worden war.²¹⁸ Dies kennzeichnet einen der bedeutendsten Eingriffe der Besatzungsmacht in pfälzische Angelegenheiten, denn damit wurde die Durchführung der Kommunalwahlen im linksrheinischen Bayern verhindert, während sie im rechtsrheinischen Gebiet am 15. Juni 1919 stattfinden konnten. Erst das Scheitern der französischen Pfalzpolitik und das Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages führten dazu, dass die Besatzungsbehörde das Gesetz für rechtskräftig erklärte.²¹⁹ Im Januar 1920 verständigten sich die pfälzischen Landtagsabgeordneten mit dem bayerischen Innenminister Endres auf den 18. April 1920 als Termin für die Bezirks-, Kreistags- und Gemeinderatswahlen.²²⁰

Ende 1918 und Anfang 1919 hoffte man in der MSPD auf eine Einigung mit der USPD. Diese Haltung hatte sich Ende 1919 – aufgrund der ideologischen Differenzen, aber unter Umständen auch wegen dauernder Angriffe von links – bei der pfälzischen Mehrheitspartei geändert.

Auf dem Gautag der pfälzischen Mehrheitspartei am 25. und 26. Oktober 1919 sprach Paul Kleefoot über die bevorstehenden Kommunalwahlen. Er betonte, dass es einmal eine Zeit gegeben habe, in der man in der SPD darüber gestritten hätte, ob man sich an den Kommunalwahlen beteiligen solle oder nicht. Heute gebe es darüber keinen Streit mehr, denn die Arbeit in den Kommunalparlamenten habe den sozialistischen Gedanken den Massen näher gebracht. Nach dem Weltkrieg sei die Arbeit in den Gemeindeverwaltungen schwierig und undankbar. Die Revolution habe die politische Freiheit gebracht, aber man stehe vor einem Trümmerhaufen. Da der Einfluss der Sozialdemokratie mitentscheidend für die Gestaltung der Zukunft sei, könne, dürfe und wolle sie sich nicht ausschließen vom Wiederaufbau des Landes. Das Hauptaugenmerk der künftigen Arbeit in den Kommunalparlamenten sei daher auch auf den Wohnungsbau und die Lebensmittelversorgung zu richten. Listenverbindungen werde im Allgemeinen eine zu hohe Bedeutung zugemessen, es sei besser dies zu unterlassen.²²¹

Im Anschluss entbrannte eine lebhafte Debatte über das Thema Listenverbindungen mit der USPD. Hierzu gab es auch kritische Stimmen wie beispielsweise jene von Christian Schwarz aus Zweibrücken. Er betonte, dass er ein Gegner der USPD sei, aber beispielsweise bei der Wahl zur Nationalversammlung wäre eine gemeinsame Liste vorteilhaft gewesen. Man müsse jetzt praktische Arbeit leisten. Dies müsse in voller

218 Vgl. Hermann, 1989, S. 169.

219 Vgl. ebenda.

220 Vgl. Pfälzische Post vom 26. Februar 1920, 26. Jahrgang, Ausgabe 48, „Am 18. April Gemeindevahlen in der Pfalz.“

221 Vgl. Pfälzische Post vom 29. Oktober 1919, 25. Jahrgang, Ausgabe 248, „26. Gautag der Sozialdemokratischen Partei der Pfalz.“

Einigkeit geschehen. Die Führer der Partei müssten alles daran setzen, diese Einigkeit herzustellen. Sobald dies geschähe, würde sich die USPD auflösen.²²²

Anschließend wurde die Resolution des Gauvorstandes „gegen wenige Stimmen angenommen.“²²³

„Da in dem Wahlgesetz vom 15. April 1919 für alle Gemeinden, sowie auch für die Bezirke und den Kreis die Verhältniswahl vorgesehen ist, macht es der Gautag den Parteigenossen zur Pflicht, überall eigene Vorschlagslisten aufzustellen. Die nach dem Wahlgesetz zulässige Listenverbindung, die im günstigsten Falle dem Gegner nur ein Mandat abringen kann, hat zu unterbleiben. Um zu verhindern, daß bei der Wahl des ersten Bürgermeisters, sowie der 2., 3. und 4. Bürgermeister (früher Adjunkten) der Sozialdemokratischen Partei nicht genehme Kandidaten gewählt werden, erklärt es der Gautag für zulässig, daß in diesem Falle Abkommen mit anderen Parteien getroffen werden, jedoch muß [...] dessen Zustimmung (die des Gauvorstandes) eingeholt werden.“²²⁴

Auffallend ist die dominierende Position des Gauvorstandes. Die einzelnen Ortsvereine waren nicht vollkommen souverän in ihren Entscheidungen bezüglich der Bürgermeisterwahlen. Sollte die Partei in einem Ort nicht die absolute Mehrheit erhalten, sollte sie versuchen, Kandidaten zu verhindern, die für die Partei nicht tragbar waren. Nur hierfür war es zulässig, Wahlbündnisse einzugehen, aber diese mussten vorher vom Gauvorstand abgesegnet werden.

Die auf dem Gautag verabschiedete Resolution über eine Zusammenarbeit mit der USPD stand in deutlichem Widerspruch zu den Kommentaren der „Pfälzischen Post“ nach den Wahlen zum Bayerischen Landtag vom Februar 1919. Damals wurde die USPD für ihr eigenständiges Antreten zur Wahl kritisiert: Eine gemeinsame Liste hätte der Arbeiterschaft einen größeren Vorteil gebracht. Bei den kommenden Kommunalwahlen lehnte die Mehrheitspartei selbst ein gemeinsames Vorgehen ab.

Aber auch die Unabhängigen erteilten der Idee eines gemeinsamen Vorgehens bei den Kommunalwahlen eine Absage. Prinzipiell forderten sie die Arbeiter zu einer „flammenden Absage“ an die Mehrheitssozialdemokraten auf, denn sie seien „Verräter der Arbeiterklasse“.²²⁵

„Die Parteigenossen, auch der kleinsten Orte, haben die Verpflichtung mit eigener Liste vorzugehen und reine Selbstständigkeit zu bewahren. [...] Die USP tritt in

222 Pfälzische Post vom 30. Oktober 1919, 25. Jahrgang, Ausgabe 249, „26. Gautag der Sozialdemokratischen Partei der Pfalz.“

223 Vgl. ebenda.

224 Ebenda.

225 Vgl. Schiffmann, 1999, S. 442.

das Ministerium von Kahr verabschiedete der Landtag ein neues Wahlgesetz, das die Staatsregierung ermächtigte, Neuwahlen für den 6. Juni 1920 auszuschreiben.²⁹⁰

Das Regierungspräsidium der Pfalz urteilte in seinem Halbmonatsbericht vom 16. Juni 1920, das Ergebnis der Landtagswahlen sei, wie vorherzusehen war, eingetroffen. Es sei ein starker Ruck nach „links“ und nach „rechts“ eingetreten, wobei die Gewinne der USPD zu Lasten der Mehrheitspartei gegangen seien, die DVP habe besonders von den Verlusten der DDP profitiert. Zudem bekunde das Bürgertum durch den Ausgang der Wahl, dass es seine mitbestimmende Stellung in den gesetzgebenden Körperschaften nicht verlieren wolle. Der Sozialismus solle nicht alleine über die Geschicke des Landes bestimmen.²⁹¹

Die Landtagswahlen bedeuteten für die MSPD eine Fortsetzung des Abwärtstrends, der sich für die Partei seit den Kommunalwahlen abzeichnete. Abbildung 1 zeigt, dass von allen in der Pfalz angetretenen Parteien die MSPD die stärksten Stimmverluste hinnehmen musste.

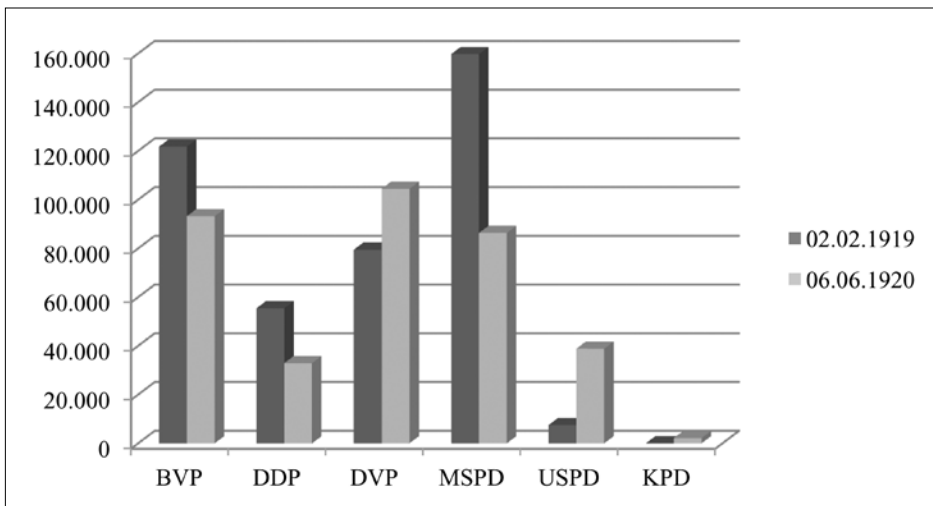


Abbildung 1: Die Wahlen zum Bayerischen Landtag 1919 und 1920 im Vergleich.

290 Vgl. Bayerische Landesbibliothek online: Bayerischer Landtag: Verhandlungen 1919–1933, Sitzung vom 11. Mai 1920, URL: http://geschichte.digital-sammlungen.de/landtag1919/seite/bsb00008650_00197 am 10.08.2009.

291 Vgl. LA SP R12/232.

Tabelle 9: Die Wahl zum Bayerischen Landtag vom 6. Juni 1920.²⁹²

Stadt	Partei / Stimmen					
	BVP	DDP	DVP	MSPD	USPD	KPD
Frankenthal	1.692	1.015	2.046	4.516	1.271	244
Kaiserslautern	3.530	3.389	4.927	5.838	5.472	181
Landau	1.569	944	2.294	934	377	---
Ludwigshafen	5.219	4.739	6.138	12.361	8.495	1.212
Neustadt	1.577	2.217	1.677	2.254	1.179	---
Pirmasens	2.693	1.954	5.110	2.224	3.475	23
Speyer	3.184	1.547	1.650	2.821	1.813	497
Zweibrücken	1.186	1.053	2.579	1.045	537	---
Bezirksämter						
Bergzabern	5.148	801	7.439	2.574	785	9
Bad Dürkheim	2.869	2.325	4.345	2.546	485	26
Frankenthal	4.145	1.727	5.824	7.097	2.402	76
Germersheim	10.467	843	6.300	4.147	258	1
Homburg	6.236	548	5.750	3.250	2.047	2
Kaiserslautern	3.017	949	3.727	3.865	1.134	6
Kirchheimbolanden	1.711	1.403	4.041	3.274	535	22
Kusel	1.310	1.150	8.431	3.722	1.644	7
Landau	9.531	1.893	8.298	3.904	388	---
Ludwigshafen	3.002	1.001	4.044	4.838	2.407	226
Neustadt	3.912	1.525	4.019	4.595	1.444	---
Pirmasens	10.320	487	4.905	2.656	1.094	1
Rockenhausen	2.294	1.119	6.939	3.437	644	15
Speyer	5.403	115	577	2.528	672	172
Zweibrücken	2.176	431	3.531	2.228	1.285	3
Pfalz gesamt	93.203	32.907	104.450	86.318	38.819	2.157
	(26,0 %)	(9,2 %)	(29,1 %)	(24,1 %)	(10,8 %)	(0,8 %)
Bayern gesamt (in %)	39,4 %	8,1 %	13,6 %	16,4 %	12,9 %	1,7 %

Insgesamt stimmten gut 73.000 Wähler weniger für die Mehrheitspartei als noch 1919, was einem Verlust von 54 Prozent der Stimmen entspricht. Mit 24,1 Prozent der pfälzischen Wählerstimmen rangierte die MSPD nur noch auf Platz drei der pfälzischen Parteien hinter der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei. Dies hatte natürlich maßgeblichen Einfluss auf die Zahl der Landtagsabgeordneten, welche von der pfälzischen

292 Vgl. Pfälzische Post vom 7. Juni 1920, 26. Jahrgang, Ausgabe 128, „Die Wahl vom 6. Juni.“